



über die
2. Sitzung des Integrationsrates
am Donnerstag, dem 19.04.2007
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend

Birlesik-Liste (Vereinigte Liste)

Herr Ömer Civelek
Herr Ahmet Dinc
Herr Ertugrul Kör
Herr Gökçen Kuru
Herr Aziz Özkir
Herr Mustafa Yücel

Gencligin Sesi (Stimme der Jugend)

Herr Gürkan Can
Herr Hakan Can
Herr Ahmet Mert

SPD

Herr Kaya Gercek
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat

CDU

Herr Reinhard Hasler

FDP

Herr Detlef Knop

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning

Verwaltung

Frau Katja Herbold
Herr Ralf Kosanetzki
Herr Ronald Sostmann

Zuhörer/Zuhörerinnen
Herr Klaus-Dieter Grosch

Entschuldigt fehlten
Herr Cetin Bahcekapili
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Özkir**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Der Tagesordnungspunkt 1 wurde einstimmig um die Punkte 1.2 Gemeinsames Fastenbrechen und 1.3 Theaterstück erweitert.

Weitere Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Veranstaltungen des Integrationsrates 2007	014/2007
2	Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten	015/2007
3	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
014/2007

Veranstaltungen des Integrationsrates 2007

1.1 Internationales Kinderfest am 12.05.2007

Herr **Kosanetzki** stellte das Programm für das Internationale Kinderfest des Integrationsrates am 12.05.2007 in der Adenauerstraße vor. Das Bühnenprogramm wird von der Friedrich-Ebert-Schule, der Diesterwegschule und der Glückaufschule gestaltet.

Ein Puppentheater und ein Theaterstück werden die Besucher unterhalten.

Den Ausschussmitgliedern wurde die Broschüre „Kamen in Bewegung“ mit einem Inserat für das Kinderfest ausgehändigt.

1.2 Gemeinsames Fastenbrechen

Beschlussvorschlag:

In Absprache mit der deutsch-türkischen Begegnungsstätte und den Kamener Moscheevereinen wird die Möglichkeit eines gemeinsamen Fastenbrechens erörtert.

1.3 Theaterstück

Herr **Kosanetzki** stellte das Theaterstück „Fremdsein und Nachhausekommen“ vor.

Der Verwaltung ist es gelungen, dieses Theaterstück für einen Termin in der Interkulturellen Woche zu reservieren. Die Landsmannschaft für Deutsche aus Russland hat ebenfalls Interesse an diesem Stück gezeigt und der Verwaltung eine Kostenbeteiligung in Aussicht gestellt.

Beschlussvorschlag:

Im Rahmen der Interkulturellen Woche wird ein Theaterstück aufgeführt.

Herr **Özki** bat um Abstimmung über die drei geplanten Veranstaltungen.

Beschluss:

Das Internationale Kinderfest wird gemeinsam mit dem Frühlingsfest der KIK e.V. und der Autoschau am 12.05.2007 durchgeführt.

Im Rahmen der Interkulturellen Woche wird in Absprache mit den Moscheevereinen und der deutsch-türkischen Begegnungsstätte ein Fastenbrechen veranstaltet.

Es wird ein Theaterstück zum Thema „Migration“ aufgeführt.

Die Kosten für die Organisation und Durchführung dieser Aktionen werden aus Mitteln des Integrationsrates beglichen.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Aktionen zu organisieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten

Herr **Rickwärtz-Naujokat** plädierte für ein kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten. Alle deutschen Staatsbürger, die dauerhaft in Deutschland leben, sollten ein Wahlrecht haben. Durch eine Einbindung aller Bürger erhofft er sich ein größeres bürgerliches Engagement in kommunalen Belangen. Er sprach sich gegen ein Wahlrecht auf Landes- und Bundesebene aus. Wer eigene Wünsche vortragen und durchsetzen könne, fühle sich eher ernst genommen und willkommen.

Herr **Hasler** zeigte Verständnis für den Wunsch der Migranten auf Mitentscheidung auf kommunaler Ebene. Dennoch sprach er sich gegen ein kommunales Wahlrecht für Migranten in der vorgeschlagenen Form aus. Er verwies auf den Unterschied zwischen Einwohnern und Bürgern und begründete die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage mit der fehlenden politischen Gleichbehandlung in anderen europäischen Ländern. Es sei Aufgabe der Bundespolitik, auf bilateraler und internationaler Ebene für Gleichbehandlung aller EU-Bürger in bezug auf das Wahlrecht zu sorgen.

Des Weiteren ist der freiwillig in Kamen eingerichtete Ausländerbeirat ein Zeichen für die Gleichberechtigung aller Kamener Bürger und für die Anerkennung der Migranten.

Herr **Knop** bestätigte die Ansichten von Herrn Hasler, führte jedoch Bedenken bezüglich der Formulierung einiger Textpassagen in der Beschlussvorlage an. Er betonte, dass kein anderer Ausschuss in Kamen paritätisch mit Ratsmitgliedern und Ausländervertretern besetzt sei und deutete dies als Zeichen für den hohen Stellenwert der Integration und Mitbestimmung in Kamen. Das Scheitern des Ausländerbeirates bezeichnete er als ein hoffentlich nur vergangenes „Schaulaufen“.

Herr **Sostmann** verwies darauf, dass die Diskussion um Textänderungen in der Beschlussvorlage Angelegenheit des Rates sei. Hier gehe es nur um die Unterstützung oder Ablehnung der Bitte an den Rat, sich bei der Landesregierung für ein kommunales Wahlrecht einzusetzen. Der Vorsitzende des Ausländerbeirates habe sich im Übrigen in der Vergangenheit immer bemüht, auch die Politik zu beteiligen, die jederzeit zu den Sitzungen eingeladen war.

Herr **Özkir** erläuterte, dass es sich bei den Formulierungen in der Beschlussvorlage um einen Vorschlag der LAGA handele, der so in verschiedenen Städten bereits von den Ausländerbeiräten und Integrationsräten als Empfehlung an die Stadträte beschlossen wurde.

Herr **Gercek** erklärte seine persönliche Unterstützung für den Beschlussvorschlag und verwies auf die Entscheidungszuständigkeit der Landes- und Bundespolitik in dieser Sache.

Herr **Kloß** merkte an, dass in der Begründung konkrete Zielvorgaben formuliert werden sollten. Er verwies auf die Probleme der BG als kleine Partei und die daher notwendige Arbeit im Verein für mehr Demokratie.

Auch mit einem Wahlrecht für Migranten sah er für eventuell sich neu etablierende Parteien und Wählergruppen die Parallelität zu den Problemen der BG.

Herr **Hasler** und Herr **Knop** verwiesen auf die Zuständigkeit der Landespolitik.

Herr **Mert** merkte an, dass er trotz türkischer Staatsangehörigkeit gerne das Kommunalwahlrecht in Kamen hätte. In der türkischen Bevölkerung gibt es eine große Bereitschaft zu wählen.

Herr **Gercek** zeigte sich zuversichtlich, dass es auf lange Sicht auch für türkische Staatsbürger das Kommunalwahlrecht in der EU geben wird. Zurzeit sei dies politisch nicht denkbar, obwohl es auch in der Bundes-CDU Ja-Stimmen zum kommunalen Wahlrecht für Migranten gebe.

Herr **Knop** erklärte, die Regierung solle sich auch in der Türkei für ein kommunales Wahlrecht für deutsche Staatsbürger, die in der Türkei leben, aussprechen.

Herr **Hasler** bekräftigte die Ansicht von Herrn Knop auf eine gegenseitige Regelung.

Herr H. **Can** äußerte sein Missverständnis über die politischen Äußerungen der Ratsvertreter.

Hier gehe es nicht um juristische Entscheidungen, sondern nur um die Befürwortung oder Ablehnung einer Bitte an den Rat.

Herr **Mert** stimmte Herrn Can zu. Für die Befürchtungen von Herrn Kloß habe er kein Verständnis. Neue Wählergruppen oder Parteien würden eigene Erfahrungen machen.

Herr **Özkir** bat um Abstimmung zum Beschluss über die Bitte an den Rat, sich für das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten einzusetzen.

Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Kamen beschließt, sich für das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten einzusetzen.

Der Integrationsrat bittet den Rat, sich bei der Landesregierung und den Landtagsfraktionen für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik lebenden Migrantinnen und Migranten einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: bei zwei Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 3.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

3.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

3.2 Anfragen

Herr **Kuru** erkundigte sich nach dem Sachstand für das Bauvorhaben der Flutlichtanlage für den Sportplatz „Lüner Höhe“.

Die Verwaltung sagte einen Sachstandsbericht für die nächste Sitzung des Integrationsrates zu.

gez. Özkir
Vorsitzender

gez. Sostmann
Schriftführer